Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1928

225 (26.9.1928)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig. Gebietsanzeigen und Stellenanzeigen 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 45 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Zeitungspreises, bei gerichtlicher Dretzung und bei Kontour außer Kraft tritt. 8. Erklärungs- und Geschäftsstellen 18. Karlsruher L. D. o. Schulz der Anzeigen-Verwaltung 8 Uhr vormittags

Beilagen: Illustrierte Wochen-Beilage „Volk und Zeit“ Die Musikstunde / Sport und Spiel / Heimat und Wandern Sozialistisches Jungvolk / Frauenfragen — Frauenclubs

Bezugspreis monatlich 2.50 Mk. o. ohne Zustellung „20 Mk.“ o. Dursch. 14 Pfennig 2.60 Mk. Einzelpreis 10 Pfennig. Samstags 15 Pfennig. o. Erziehung 6 mal monatlich vormittags 11 Uhr o. Postzeitung 2000 Karlsruher o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe 1. B. Wühlstraße 28 o. Januar 1920 und 1921 o. Volkstreu-Verlag: Durlach, Wühlstraße 22. Baden-Baden, Friedrichstraße 29. Rastatt, Friedrichstraße. Offenburg, Cappelstraße 28

Nummer 225 Karlsruhe, Mittwoch, den 26. September 1928 48. Jahrgang

Die Reichszersplitterung

Vorstöße des Deutschen Städtetages für den Einheitsstaat — Die Doppelarbeit wird unhaltbar

Breslau, 25. Sept. (Eig. Drabt.) Die Stadt Breslau beherbergt gegenwärtig in ihren Mauern die Vertreter des deutschen Städtetages, der seine Beratungen Dienstag in der festlich geschmückten Aula der Technischen Hochschule begann, offenbarte ein starkes Bekenntnis zum deutschen Einheitsstaat.

Berlins Oberbürgermeister Börs eröffnete die Beratungen, indem er die erfhlenen Vertreter begrüßte und der Stadt Breslau herzlich dankte. Die besondere Bedeutung des diesjährigen Städtetages fand er darin, daß jetzt ein unzweideutiges Bekenntnis zum deutschen Einheitsstaat abgelegt werden soll. Anschließend nahm der Sanitäts des deutschen Städtetages Dr. Muleri das Wort. Er führte aus: Das starke Bekenntnis des deutschen Städtetages zum einheitsstaatlichen Reich, das der deutsche Städtetag im letzten Jahre in Magdeburg abgelegt hat, hat einen starken Widerhall gefunden. Die Notwendigkeit einer fruchtbareren Beschäftigung zwischen Reich und Kommunalpolitik läßt die in Magdeburg aufgestellten Forderungen, Einsetzung eines kommunalpolitischen Ausschusses im Reichstag, Bildung einer kommunalpolitischen Kommission im Reichsinnenministerium, ausreichende Vertretung der Städte im Reichswirtschaftsrat usw. weiterhin unerlässlich erscheinen. An völliigem Mißverständnis der Forderung nach Schaffung einer kommunalen Abteilung im Reichsinnenministerium wurde den deutschen Städten unterstellt, sie wollten reichsunmittelbar werden. Die deutschen Städte denken jedoch nicht daran, aus dem Verband der Länder, in denen sie wurzeln, auszuscheiden. Das gegenwärtige Verhältnis von Reich, Ländern und Gemeinden ist jedoch unhaltbar. Das Reich hat in den letzten zehn Jahren immer neue Aufgaben übernommen. Ein Durchsicht der Zuständigkeiten zwischen Reich und Ländern und eine Minderberung der Beamtenverhältnisse ist die Frage. Doppelarbeiten und Reibungen kennzeichnen den Zustand. Am verbündendsten sind die Auswirkungen für die Gemeinden, da die Länder den auf sie ausgeübten Druck des Reichs an die Gemeinden weitergeben. Einschränkungen und Knebelungen der gemeindlichen Selbstverwaltung rühren an den Lebensnerven der Gemeinden. Im Kampf des Reichs und der Länder müßten die Gemeinden als die staatsrechtlich Schwächsten zuerst auf der Strecke bleiben. Eine Rückwärtsrevision oder ein Rollen beim gegenwärtigen Zustand ist unmöglich. Es gibt nur ein Vorwärts in der Richtung auf das einheitsstaatliche Reich. Das ist die wichtigste staatspolitische Aufgabe der Gegenwart. Das Ziel permanenztionsbewußter Politik muß sein, die endgültige Gestaltung durch einheitsstaatliche Reaktionen der Grundorganen der öffentlichen Verwaltung bei weitgehender Selbstverwaltung in den regionalen und gemeindlichen Bezirken vorzubereiten. In diesem Sinne ist zunächst die Befreiung der mehr als 2000 Länder und der Zusammenfluß oder Anschließung leistungsstärkerer Länder zu fordern. Ebenso wichtig ist eine neue Gebietsabgrenzung der Städte und Kreise mit dem Ziel einer Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung. 1048 Städte und Landkreise im Deutschen Reich sind zu viel. Nur auf Gebietsförderstätten, die zu ihrer Aufgabe ausreichend leistungsfähig sind, kann sich ein einheitsstaatlicher Reichsaufbau gründen. Das Referat Muleris endete mit einem Bekenntnis zur öffentlichen Wohlfahrt. Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden habe die kommunale Wirtschaft neben der Privatwirtschaft zu einem wichtigen und unverzichtbaren Faktor der deutschen Volkswirtschaft werden lassen, die nicht mehr an Landesgrenzen gebunden ist. Das kommunale Grundrecht der Universalität bei der Zuständigkeit auf volkswirtschaftlichem Gebiet darf in den einzelnen Ländern nicht durchbrochen werden.

In der Aussprache ergriff als erster Reichsinnenminister Severing das Wort. Er übertrug die Größe der Reichsregierung und sprach das Bedauern des Reichsanstalters aus, daß er verhindert

sei, an der Tagung teilzunehmen. Er sei im Großen und Ganzen mit den Ausführungen Dr. Muleris einverstanden und beachtliche, eine kommunale Abteilung in seinem Ministerium einzurichten. Sie werde spätestens am 1. April nächsten Jahres mit ihren Arbeiten beginnen können, wenn Reichstag und Reichsrat zustimmen. Sollte sie jedoch nicht die Zustimmung dieser Instanzen finden, so werde die Abteilung dennoch eingerichtet. Diese Forderung rief allgemeine Beifall und freudige Zustimmung hervor. Die erste Aufgabe der Abteilung wird sein, die Interessen der Gemeinden in der Reichsregierung anlässlich der Beratung von Gesetzen usw. zu vertreten. Der Minister schloß mit dem Hinweis darauf, daß Deutschland im Juni 1931 den 100. Geburtstag des Reiches n. Stein feiern werde. Wir können das Andenken dieses großen Mannes nicht würdiger begehen, als durch praktische Inangriffnahme der Verwaltungsreform, damit wahr werde das Wort des großen Mannes: „Ich kenne nur ein Vaterland und dieses Vaterland heißt Deutschland.“

Der preußische Innenminister Graefinckel wandte sich den Ausführungen von Dr. Muleri über die Verjorgung der deutschen Bevölkerung und der arbeitenden Bevölkerung zu. Auf den wichtigsten Gebieten der Wohlfahrt und Kultur würde man nicht an nähernd den jetzigen Stand erreicht haben, wenn auf diesen Gebieten die freie Initiative der kommunalen Selbstverwaltung nicht zum Ausdruck gekommen wäre. Der Minister, der der uniautistischen Idee etwas fähiger gegenüberstand, erklärte dann, daß die kommende Sozialreformperiode des preußischen Landtags unter dem Zeichen der preußischen Verwaltungsreform stehen werde. Zunächst soll eine weitreichende Dezentralisierung der Staatsverwaltung erfolgen. Was die Staatsaufsicht anlangt, so solle jede Bevormundung vermieden werden. Den Vorkampf eines sogenannten „großen Kreises“ lehnte der Minister ab.

Die Diskussion ergriff im allgemeinen die Zustimmung zu dem Gedanken des Einheitsstaates. Eine humoristische Unterbrechung bildeten die Ausführungen des Regensburger Oberbürgermeisters Dr. Hipp. Er trat für den Föderalismus ein und verwahrte den Einheitsstaat, der durchsicht nicht der deutschen Eigenart entspreche, wobei er sich noch erlaubte, für seine Auffassung die Weimarer Verfassung in Anspruch zu nehmen.

Alsdann wurde folgende

Resolution angenommen:

Der Weg zum deutschen Einheitsstaat muß klar und planvoll weitergegangen werden. Eine systematische Vereinheitlichung der formellen und materiellen Grundgesetze für die wichtigsten öffentlichen Verwaltungsbereiche ist unerlässlich. Dabei müssen die regionalen Interessen ausreichend berücksichtigt werden, insbesondere ist die Selbstständigkeit und Beweissfähigkeit der gemeindlichen Selbstverwaltung zu stärken, die den Unterbau des Reiches und der Länder bildet. Die Schaffung einer Reichsstaatsordnung ist hierfür nach wie vor unerlässlich. Die nach Größe und Leistungsfähigkeit ihren Aufgaben gemäßen, kann sich ein einheitsstaatlicher Reichsaufbau gründen. Als Voraussetzung für eine erfolgreiche Reformarbeit ist eine nähere Verbindung des Reichs mit den Gemeinden unerlässlich. Die Errichtung einer kommunalpolitischen Kommission im Reichstag, die Schaffung eines kommunalpolitischen Ausschusses im Reichsinnenministerium und die Vertretung der Gemeinden im endgültigen Reichswirtschaftsrat sind bereits auf der Magdeburger Hauptversammlung als dringende Forderungen aufgestellt und müssen heute wiederholt werden. Die Zusammenfassung der jetzt in Reich und Ländern zerplitterten Behörden zu einer einheitsstaatlichen Mittelinstanz wird der Verwaltungserleichterung dienen. Die Jahresversammlung des Deutschen Städtetages erwartet, daß die Reichsregierung auch aus der Reichsinnenministerialpolitik die notwendigen Folgerungen aus den Forderungen der Gemeinden zieht. Die deutschen Städte beantragen, daß ihnen die zur Erfüllung ihrer Aufgaben unerlässliche Beweissfähigkeit gewährt und daß die finanzielle Selbstverwaltung gewahrt wird.“

Reichsbahn und Betriebsicherheit

Der Arbeitsausschuss zur Untersuchung der Betriebsicherheit der Reichsbahn hat seine Tätigkeit beendet. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Betriebsicherheit in einem Maße gewährleistet ist, wie sie von einem großen Verkehrsunternehmen verlangt werden kann. Im übrigen verweist der Ausschuss auf seine Denkschrift an den Reichsverkehrsminister. (Wie ist es jedoch mit der Betriebsicherheit in Bayern? Die Red.)

Flugzeug in Flammen aufgegangen

In Arnoldsberg unternahm ein Verkehrsflugzeug der Deutschen Luftlinie, das sich auf der Fahrt nach Berlin befand, eine Zwischenlandung wegen Motorschadens. Als die acht Passagiere aus der Bordbefestigung des Flugzeuges verlassen hatten, ging dieses aus bisher noch unbekannter Ursache in Flammen auf und verbrannte vollständig. Personen kamen nicht zu Schaden. Wie die Nachrichtenberichte berichten, ist das bei Arnoldsberg bekannte Flugzeug das Auroreflugzeug der Strecke Paris-Berlin, „Deutschland“, eine Schwelmermaschine des Großfluggesellschafts „Berliner Luftverkehr“.

Massenunterzeichnung bei den Hamburger Kommunisten

W. B. Hamburg, 25. Sept. Der bisherige Sekretär der Parteiführung Wasserfante der KPD, John Viktori, der gleichzeitig Vorsitzender der kommunistischen Hamburger Bürgerfraktion und Mitglied der KPD-Zentrale ist, wurde nach Mitteilung der Hamburger Volkszeitung wegen Unterschlagung eines seines Amtes entsetzt und aus der Partei ausgeschlossen. Das Hamburger Echo meldet hierzu, daß im Zusammenhang mit der Angelegenheit auch der kommunistische Bürgerfraktionsabgeordnete Freise, Mitglied der Polizeibehörde, der Kommunisten Nieb und der Sekretär John Scheer, Mitglied der kommunistischen Fraktion der Altonaer Stadtverordnetenversammlung, gleichfalls aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurden.

Thüringische Regierungsbildung gescheitert

Professor Krüger teilt mit, daß seine Schritte um die Regierungsbildung in Thüringen gescheitert seien.

Krieg, Friede u. Kapitalismus

Von Wolfgang Schwarz II.

Der Weg des Liberalen zum imperialistischen Bürgertum

Das frühe Bürgertum war human. Es kämpfte gegen Korruption, Bestialität und Unterdrückung, als dritter Stand um Gleichberechtigung neben Adel und Kirche, um Würde des Menschen. Unter den geistigen Schlägen seiner Aufklärung sanken Tortur und Herenprozesse, Sklaverei und Unterdrückung.

Aber die Welt wollte sich nicht friedlich mit enalichem Rattun, Baumwollwaren aus Manchester und Eisenartikeln aus Birmingham begnügen lassen. Englands ostindischer Kompanie wuchs aus Ostindien und Niederlassungen ein riesiges Handelsreich unter den Händen hervor und über den Kopf; schließlich war Britanniens ganze Staatsgewalt gerade stark genug, ein 400 Millionenreich zu beherrschen und Königin Viktoria von England wurde Kaiserin von Indien. Unter dem Druck weicher Kanonen wurde Japan dem Weltverkehr angeschlossen. Mit billigen Tauschobjekten in der einen und dem Maschinenmeer in der anderen Hand wurden Afrika, riesige Gebilde ertauscht, erlitten, erobert; koloniale Aufstände niedergedrungen; das alte Spanien wegen der mittelamerikanischen Kolonialgebiete von den Vereinigten Staaten angegriffen, Kuba und die Philippinen annektiert, weagen Gold, Kohlen und Diamanten die Europäerkolonien der Büren in Südafrika besetzt, ein maurisches Reich nach dem anderen im Norden Afrikas unterworfen. In England, Frankreich, den Vereinigten Staaten hatte das Bürgertum den Staat erobert und sich der Staatsgewalt bemächtigt, um sich der Staatsgewalt zu bedienen, um imperialistische Expansionen zu treiben, um Absatzmärkte zu erschließen, Rohstoffgebiete zu beherrschen, Kapitalanlagen zu beschützen.

Die Kapitalisten aller Länder mochten tauschend oder schiebend sich die halbe Welt erobern, untereinander wühten sie doch immer wieder Frieden zu halten. Das Weltrecht ging nicht von den Demokratien, sondern von den Militärmonarchien aus: Es war Deutschland, das seine Flotte aufrückte, Flottenvereinbarungen abschloß und England zur Nachfolge zwang; es war Rußland, dessen Seere am stärksten wuchsen, so daß Deutschland und Frankreich nachfolgte. Die Bündnispolitik war zwischen Deutschland und Oesterreich im Verhältnis zu Rußland, also nicht durch kapitalistische Politik entstanden. So sehr man nach Kolonien strebte, die größten Kolonien waren nicht wert, daß man in einem Weltkriege für sie die Existenz der großen Reiche, den bürgertlichen Wohlstand, die gesellschaftliche Ordnung aufs Spiel setzte.

Deshalb entstand auch der Weltkrieg eben nicht an einer kapitalistischen Frage. Im Stil des 18. Jahrhunderts wurde der Weltkrieg entfesselt, weil sich ein monarchistisches System in der Defensive befand gegen aufwühlende Kräfte im Innern und an der Grenze. Ein Monarch, kein Generalstabschef und kein Außenminister genügt, um den Krieg gegen Serbien zu entfesseln und dabei die Gefahr eines Weltkrieges zu laufen. Das, was eine Kapitaldemokratie nie tut, mit einer anderen Kapitaldemokratie einen Kampf um die Existenz zu führen, taten die Machthaber der österreichisch-ungarischen Militärmonarchie; das taten auch die Machthaber der russischen. Mit dem Ausbruch des Weltkrieges haben Generaldirektoren, Exportkaufleute und Vörienmakler nichts zu schaffen. Der Weltkrieg brach nicht aus am Wettbewerb um die Aufteilung der Welt.

Auch die imperialistischen Kriegsziele sind dagegen kein Einwand. Diese Kriegsziele waren nur zum geringen Teil „kapitalistisch“. Kapitalistisch kann man allenfalls die Wegnahme der deutschen Kolonien und die Beschlagnahme des deutschen Privatvermögens bezeichnen. Die Einverleibung französischer Kohlengruben wurde zwar von der deutschen Industrie angeregt, von den in Deutschland herrschenden Militärmächten aber unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit im nächsten Kriege erkräft; das Hauptmotiv für die Nichtberausgabe Belgiens waren land- und seestrategische Gründe. Loslösung des Rheinlandes von Deutschland, seine Militarisierung, Deutschlands einseitige Entmaffung waren militärische Sicherungsziele. Die Einverleibung Sibiriens, Triests und Estlands, Lothringens waren nationale Ziele. Die Randstaaten wurden unter dynastischen Gesichtspunkten erkräft. Das alles waren Imperialismen, die sich nicht auf Markt und Gewinn, auf Pfund Sterling, auf Lire und Dollar zurückführen lassen. Sie entkamen älteren geistlichen Mächten, sozialen und geistlichen Sphären, die sich auch im Zeitalter des Kapitalismus noch behauptet hatten, die anachronistisch waren, wie die Existenz der großen Militärmonarchien selbst, zwischen denen der Weltkrieg ausbrach.

Der Kapitalismus hat nach außen kriegerische, nach innen hat er friedliche Tendenzen. Er ist weder militaristisch in dem Sinne, wie es die Militärmonarchien waren, noch so passivistisch, wie er sich aufstellt. Er ist einfach Macht, er wählt dies oder jenes Mittel, gerade wie Profit und Sicherheit es erfordern, ob der Kapitalismus sich militaristisch oder passivistisch gibt, das ist eine Frage des Risikos, eine Frage der Kosten. Die Kosten eines Krieges der Kapitalisten untereinander sind auf alle Fälle riesig und als Risiko unermesslich. Sie halten also untereinander Frieden. Wo sie aber kein Risiko laufen, weil sie sicher sind zu gewinnen, da lassen sie die Kriege losbrechen. Die These vom Stuttgarter Kontrakt 1912, daß der Kapitalismus der Krieg sei, ist unhaltbar. Die Auffassung, daß der Imperialismus zwangsläufig zum Krieg zwischen den Industrieländern führt, ist Glaubenssache, nicht Erkenntnis. Der Kapitalismus führt dort Kriege, wo sicherer Profit winkt und das Risiko gering ist, und er hält dort Frieden, wo der Gewinn unsicher und das Risiko groß ist.

Einschränkung und Verzicht auf Krieg

Die Kapitalistenklasse kam in den großen Demokratien zur Herrschaft, als die Monarchien noch das Recht zur Kriegsführung hatten. So wuchs der Kapitalismus in die Ideologie des Kriegsführens hinein. Deshalb wurde auch in Amerika, wo es Monar-

chismus nicht gab, der Staat mit dem Recht zur Kriegsführung ausgestattet. Nicht der Präsident, der Kongress wurde in der Verfassung der Vereinigten Staaten von 1787 mit dem Recht der Kriegsführung betraut. So besaßen die sardinisch-italienische Verfassung von 1848, das französische Verfassungsgesetz von 1875 und die Verfassung der Tschechoslowakei von 1920:

„Der Präsident (König) darf nur nach vorheriger Zustimmung der Kammer(n) Krieg erklären und Frieden schließen.“ Diese Befugnisse des Präsidentenrechts auf Krieg drücken die deutsche Verfassung von 1919 und die polnische von 1921 noch drastischer so aus:

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz (Art. 45 II.)

Wo die Demokratie in den Staat hineinwächst, nimmt sie die Rechte des Staates an sich. War es das Recht des Souveräns gewesen, Krieg zu führen, so befehlten sich die souveränen Parlamente das Recht zur Kriegsführung zunächst vor.

Die Militärmonarchien waren unfähig, ihre Souveränität zu beschränken. Eine heilige Allianz wurde zwar abgeschlossen und mehrere Kongresse veranstaltet; aber sie ruhte auf dem freien Willen der Fürsten. Eine dauernde Organisation konnte sie nicht werden. Sie organisierten heißt auf seine Selbstherrlichkeit verzichten.

Darüber hinaus ergreifen die Parlamentarier die Initiative, zuerst in den westlichen Demokratien, die Gefahr des Krieges zwischen ihnen einzuschränken. Die Parlamentarier drangen in die Geheimnisse der auswärtigen Politik ein. Sie gründeten sich ihr eigenes internationales Organ, die interparlamentarische Konferenz für die Schiedsgerichtsbarkeit, die zur Interparlamentarischen Union wurde, der Angehörige fast aller Parlamente allmählich beitraten. Auswärtige Ausschüsse der Parlamente überwachten mehr und mehr die Gebarung der auswärtigen Ämter. Die Kapitalistenklasse wuchs in die Machtpolitik des Staates hinein und benutzte Militär und Flotte gegen die kolonialen Völker. Aber da sie zur Herrschaft gelangte, brückte sie der Politik der Mächte ihren Stempel auf. Die Kapitalistenklasse war unter sich einig, Frieden zu halten. Gerade im Zeitalter des Imperialismus kam es deshalb ohne Kriegsanlaß an Friedenskonferenzen, die nur der Entwidlung des Völkerrechts gewidmet waren.

Die Friedenskonferenzen von 1899 und 1907 brachten Kodifizierungen des Land- und Seekriegsrechts zustande.

Die Völklichkeit des Kriegsbegriffs wurde erfolgreich eingeschränkt. Unter Einfluß der Verfassungen (also des Bürgerrechts) wurde es üblich, den Krieg formell zu erklären, bevor man in das Land eines Nachbarstaates eindringt. Formell blieb das Ueberfallrecht erhalten. Noch 1904 überfielen die Japaner die russische Flotte in Port Arthur, ohne das Völkerrecht zu verletzen. Die zweite Haager Konferenz drängte die militärischen Gesichtspunkte zugunsten des Ueberfallkrieges zurück. Die Kriegserklärung wurde zum Rechtswort; er diente dazu, Privateigentum in Sicherheit zu bringen und in einer drohenden Kriegsgefahr den Politikern die Uebermacht über die Militärs zu geben, die nun nicht mehr ohne Erlaubnis den Gegner überfallen durften. Aber zivilisierte Nationen lassen sich, selbst im Kriege, die Exzesse, die eine Demokratie vernichtet die andere nicht als Persönlichkeit. Am liebsten kämpfen sie nicht, sondern sie verhandeln um ihre Rechte. Die Einschränkung der Souveränität machte um die Jahrhundertwende innerhalb verschiedener Staatengruppen mächtige Fortschritte. Die Kleinststaaten untereinander die unbedingte Schiedspflicht an. Die Kapitaldemokratien England, Amerika und Frankreich schloßen Schiedsverträge 1904/05 über Streitigkeiten, die weder das Lebensinteresse noch die Unabhängigkeit in Frage stellen. Der amerikanische Staatssekretär Bryan schloß 1913 bis 1916 mit dreißig Staaten Friedensverträge ab, die ständige Kommissionen mit dem Rechte vorzusehen, Vorschläge zur Untersuchung und Beilegung von Streitigkeiten zu machen; solange durften die Politiker keinen Krieg erklären und die Militärs keine Feindseligkeiten beginnen.

Auf ähnlichen Gedanken beruht der Völkerbund von 1919. Er stellte eine Rechtspflege auf zum Versuch friedlicher Einigung. Das Recht auf Krieg blieb in letzter Instanz noch erhalten: In allen Fällen, wo es sich um eine innere Angelegenheit handelt und wo eine Einstimmigkeit über Recht oder Unrecht im Völkerbund nicht zu erzielen war. Dann stand es den Parteien frei zu tun, was sie „zur Wahrung von Recht und Gerechtigkeit für notwendig“ hielten. Das ist die „Karte des Kartes“. Jetzt kommen stets alle Völkerbundstaaten zusammen. Früher gab es nur hin und wieder allgemeine Konferenzen; jetzt sind die Vertreter von 15 Völkerbundmächten im Rat vierteljährlich zur Aussprache über die Weltlage zu kommen. Schon die Säugung beauftragte den Völkerbundsrat über die Erhaltung des Friedens zu wachen. Auf den Krieg wurde formell 1925 zwischen Deutschland, Frankreich und Belgien ver-

sichtigt; 1928 wird dieser Vorsicht zu einem allgemeinen Vorsicht zwischen den Staaten.

Es war bisher ein tatsächlicher gesellschaftlicher Zustand, daß es zum Kriege zwischen den Kapitaldemokratien nicht kam. Was eine gesellschaftliche Tendenz war, wird nun zu einem politischen Ziel, zu einer Norm des gesellschaftlichen Bewusstseins. Wie jene Einrichtungen als unzumutbar, als unvernünftig, als unmenschenlich erkannt und abgeschafft wurden, so wird der Krieg innerlich der zivilisierten Menschheit als unrationell, als barbarisch erkannt und abgeschafft. Der Kapitalismus zerbrach den Föderalismus, den Absolutismus und nun zerbricht er auch die Einrichtung des Krieges. Er kann den letzten seiner geschichtlichen Triumphe entgegen: die Ausschaltung des Krieges als Mittel der Politik.

Abriistung durch soziale Demokratie.

Im gleichen Augenblick aber, wo die kapitalistischen Mächte den Kriegsvorsicht unterzeichnen, da bekennen sich ihre Staatsmänner zur Aufrechterhaltung der Rüstungen. Es wird eine Norm ihres Bewusstseins nicht gegeneinander Krieg führen zu wollen. Aber zugleich lehnen sie ab, daß daraus die Abrüstung folgen soll. Was ist denn mit dem Worte „Sicherheit“ eigentlich gemeint? Die Rüstungen haben ihre außenpolitische Funktion ein, um ihre innere Aufrechterhaltung. Schon das Vertrauen war, wenn auch vielleicht nicht bewußt, so doch vielfach damit motiviert, daß die herrschenden Klassen gegen den inneren Feind stark sein wollten. Der Kapitalismus geht so weit, den Krieg des einen Kapitalstaates gegen den anderen Kapitalstaat auszuschließen. Aber er tut das nur, um seine eigene Herrschaft um so fester aufrechtzuerhalten. Wird der Krieg ausgeschlossen, so droht nicht mehr die Vernichtung durch Krieg, die Zerstörung der Wirtschaft, der Verfall der Währungen und Umwälzung, Revolution, Bolschewismus. Aber die soziale Revolution und Aufstieg der arbeitenden Massen ist eine immerwährende Drohung. Daher schließen die Kapitaldemokratien untereinander den Krieg aus. Daher halten sie die Rüstungen gegen die Kolonialvölker und den inneren Feind aufrecht. Die allgemeine Totalabrüstung war niemals das Ziel kapitalistischer Demokratie. Die Sieger ließen der deutschen Demokratie das stehende Heer von 100.000, obwohl man Gewalt genug gehabt hätte, jede Wehrorganisation zu verbieten. Entgegen dem Abrüstungsradikalismus schreibt der Völkerbundsvertrag eine Mindeststärke für die Rüstungen jedem Lande vor, ein Mindestmaß, das „mit der nationalen Sicherheit unter Erwinigung der internationalen durch ein gemeinschaftliches Vorgehen der auferlegten Verpflichtungen vereinbar“ ist. Die

Kapitaldemokratien brauchen ein Minimum von Heeren, Flotten und Luftflotten, um ihre Weltreiche aufrechtzuerhalten. Deshalb kommen Kapitaldemokratien wohl zu Rüstungsbeschränkungen: die großen Seemächte einigen sich 1921/22 in Washington auf Höchstgrenzen für die Zahl und Größe schwerer Schiffe, zu einer Rüstungsbeschränkung zu Lande kam es noch nicht, das aber liegt nicht so sehr an Schwierigkeiten zwischen den Kapitaldemokratien, als daran, daß das schiffliche Italien eine Steigerung der Rüstungen bis zur Gleichheit mit Frankreich anlässlich eines Rüstungsabkommens ablehnte. Die Totalabrüstung, das vollständige Niederlegen der Waffen, die Aufhebung der Dienstpflicht, die Stilllegung der Rüstungsindustrie, die Zerstörung aller Geschütze, der Verzicht auf die Vorbereitung des Gastkrieges und des Luftkrieges ist unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht allgemein möglich.

Die Kapitalistenklasse verzichtet auf den Krieg, um ihre Herrschaft über die unterdrückten Nationen und die eigenen aufsteigenden arbeitenden Massen aufrechtzuerhalten. Sie bleibt gewillt, solange die soziale Revolution nicht als ein geschichtlicher Prozess, sondern als ein Akt gemeinsamer Eroberung vorgestellt wird, sich die Bourgeoisie gegen die Abrüstung kämpfen. Sie überläßt die Unfähigkeit, um innerhalb der Nationen an der Herrschaft zu bleiben. Kapitalistische Demokratie ist der Verzicht auf den Krieg unter Kapitalisten. Sozialistische Demokratie ist die Abrüstung, ist der Friede in aller Welt.

Deshalb forderte der Brüsseler Kongreß der Sozialistischen Arbeiterinternationale als unmittelbare Ziele im unmittelbaren Kampf um die sozialistische Demokratie u. a.:

„Die Hauptaufgabe eines Rüstungsabkommens muß sein, dafür Sorge zu tragen, daß kein Staat sofort bei Ausbruch eines internationalen Konflikts große Massen ausgebildeter und besserer Truppen zu einem Angriff bereit hat. Daber muß das internationale Abkommen sichern: 1. Möglichst kleine Friedensstände in den Kavernen. 2. Beschränkung der Waffenvorräte, die die einzelnen Staaten bereithalten dürfen.“

Verfügungsgewalt der Parlamente über Heer und Flotte, keine, auch keine teilweise Mobilisierung ohne Parlamentarische Kontrolle der inneren Wehrorganisation durch besondere Parlamentarische Kommissionen. Verbot der Verwendung der militärischen Kräfte in Konflikten zwischen Kapital und Arbeit.

Beilegung aller Streitigkeiten, die das Heer und Volk trennen, und aller Einrichtungen und Bestimmungen, die das Heer zu einem Machsinstrument der kapitalistischen Klassen gegen die Arbeiter machen.

(Aus der Gesellschaft Nr. 9, September 1928.)

Gegen Demokratie und Republik

Wie gemeldet, will der Stahlhelm ein Volksbegehren einleiten, durch das neben einer Verfassungsänderung eine Befreiung des Reichstags und des gegenwärtigen Wahlrechts angesetzt werden soll. Im Stahlhelm hofft man dabei auf die Mitwirkung der gesamten Reichsparteien, wie auf die Unterstützung der Kommunisten. In dieser Hoffnung dürfte sich der Stahlhelm nicht täuschen. Rostowitzer und Monarchisten werden ihm helfen. So teilt bereits die deutschnationale Pressestelle mit:

Die Rundgebung des Stahlhelms, in der er die Reichsparteien auffordert, gemeinsam mit ihm ein Volksbegehren auf Verfassungsänderung vorzubereiten, kann von der deutschnationalen Volkspartei nur mit Freuden begrüßt werden. Die Vorarbeiten für den Gesetzentwurf, der einem Volksbegehren zugrunde zu legen ist, sind von der deutschnationalen Volkspartei bereits seit längerer Zeit in Angriff genommen. Sie ist zu der gemeinsamen Arbeit mit dem Stahlhelm selbstverständlich bereit.

Im Grunde genommen müssen wir Republikaner ein solches Volksbegehren, das zu einem Entscheidungsstadium zwischen dem Volksteil, der auf dem Boden der Demokratie und der Republik steht, und dem, der die sogenannte nationale oder auch die bolschewistische Diktatur wünscht, führen muß, begrüßen. Wir sind der Meinung, es ist beinahe nötig, daß die Republikaner an einem solchen Kampfe einmal herausgefordert und gezwungen werden. Sie sollen und müssen dabei zeigen, wie stark sie sind und was sie leisten können.

Keine Todesurteile mehr

Berlin, 26. Sept. (Funkdienst.) Die Reichsregierung hat kürzlich durch den Reichskanzler Hermann Müller-Franke einen Appell an die Regierungen der Länder gerichtet, sich zur Abschaffung der Todesstrafe keine Todesurteile mehr zu befähigen. Das mecklenburgische Kabinett hat sich für die Abschaffung der Todesstrafe für Mecklenburg-Schwerin ausgesprochen.

Deutscher Protest in Warschau

Aus Warschau wird gemeldet: Eine Abordnung der deutschen Pressevertreter in Warschau überreichte am Dienstag dem Chef der Presseabteilung des polnischen Ministeriums des Auswärtigen folgende Erklärung:

Nach Nachrichten der Warschauer Presse, die die heutige Ausgabe enthält, hat der Minister des Auswärtigen in Antwort auf die von der Berliner Korrespondenz der polnischen Wärtler am 22. d. erteilte, u. o. folgende Erklärung:

„Europa hat sich schon daran gewöhnt, daß die deutsche Presse oft der Wahrheit zu nahe tritt und daß infolgedessen aufgehört, auf diese Lügen, die im übrigen ohnehin niemandem nützt, zu reagieren und ihnen irgend ein Gewicht beizulegen.“

Sämtliche zur Zeit in Warschau anwesenden Vertreter der deutschen Presse drängen die Presseabteilung des Ministeriums des Auswärtigen zur Kenntnis, daß sie die oben erwähnten, die deutsche Presse beleidigenden Worte des Herrn Ministers des Auswärtigen als auch für sich, die Vertreter dieser Presse, verurteilen und empfinden haben, daß sie gegen jenes Urteil des Herrn Ministers des Auswärtigen Protest einlegen und ausüben beabsichtigen.

Die Tätigkeit in Warschau durch eine solche von hoher amtlicher Stelle erfolgte Äußerung eine ernsthafte Schädigung und erhebliche Entwürdigung erfährt.

Auch die übrige Auslandspresse steht in einem Konflikt mit der polnischen Regierung.

Calles Nachfolger gewählt

Mexiko City, 26. Sept. (Funkdienst.) Das Problem der Amtsnachfolge des Präsidenten Calles ist nunmehr gelöst. Das Bundesparlament wählte einstimmig Innenminister Fortes bis zum vorläufigen Präsidenten für die Amtsperiode Dezember 1928 bis 5. Februar 1930 und schreibt gleichzeitig Neuwahlen für den fünfjährigen Präsidenten am 18. Februar aus. Calles beschäftigt kein Zurückziehen vom öffentlichen Leben, sondern er wird, wie die Spitze der national-revolutionären Parteien, welche für Mexikos politisches Leben und seine demokratische Entwicklung ausschlaggebend sind, treten.

Der Kurier der Zarin

Roman von Sir John Recliffe d. J. (Copyright 1928 by Wilhelm Goldmann, Verlag, Leipzig.)

2 (Nachdruck verboten.)

Waldemar von Brenken sah auf das bleiche Profil der Kaiserin. Der Ausdruck seiner Augen wurde weich. Das lächelnde Gesicht hatte er im letzten Augenblick der Kriegshölle verlassen, wurde er ihr Bote und bald darauf ihr persönlicher Adjutant. Er hat sie geküßt, er wird sie ewig lieben. Mit einer Liebe, die weder süßhaft ist noch vergänglich. Mit einer heiligen Liebe, die der Anbetung gleich ist.

Alexandra Feodorowna umschloß in ihrem Armen alles, was Waldemar von Brenken von der Liebe glaubte: Frauengüte und Schönheit, verheißene Zärtlichkeit und die Hoffnung auf eine Reinheit des Denkens geschmei. Dieser Mund, der noch jetzt so lächeln schien, war umhüllt von Enttäuschungen. Aber nie konnte die Sonne der reinen Demut völlig um diese Mundwinkel erlöschen. Waldemar von Brenken hatte die Zarin im Glanz des Kaiserthums gesehen, diademgeschmückt, mit den unergleichen Perlen des Kaiserlichen Kronschmucks um den Hals, der immer mädchenhaft blieb, schüchtern und standhaft wie ein Turm aus Eisenstein. Brenken sah sie in ihrer Erniedrigung, bewacht von einer roten Soldateska, die nur darauf wartete, Rache zu nehmen für jahrhundertlang ererbte Unbill. Noch immer stand der helle Hals der Kaiserin aufrecht und stolz. Wie eine heilige Blume wuchs er aus ädeltlichen Schultern. Schnell hob und senkte sich der Kopf unter den Atemzügen dieses schwer getrockneten Herzens. Mit unendlicher Behmut zählte der Blick des Offiziers auf seiner Kaiserin. Der Duft des Winters, der Glanz des Schnees, die unendliche Traurigkeit des Schweigens, das das Zimmer erfüllte — all dies war ein unsichtbarer Schmutz, der sie erhobte und in geheimnisvolle Regionen erhob.

Jetzt wandte sie das Haupt. Ihr Blick begegnete dem ihres Bosen. Sekundenlang blickte das kaum merkliche Rot einer Apertose über ihre Wangen. Ein geheimnisvoller Vorhang zog sich vor ihren Augen. Eine ferne Welt, eine Welt voll Blüten, mit goldenen Himmeln und schimmernden Säulen erhoben sich in der Tiefe der Augen der Kaiserin. Dann erhob sie sich, stolz und groß und schüchtern.

Ihr Gesicht war sehr bleich. In ihren Augen lag deutlich sichtbar die Angst.

„Ich fürchte mich, Kapitän!“ meinte sie leise. „Ja, meine Furcht wächst von Tag zu Tag, von Nacht zu Nacht. Kann ein Mensch begreifen, was ich in all den Jahren abemmer Aufsehung erduldet habe? Immer in der Furcht vor einem Anschlag auf das Leben des Thronfolgers oder des Zaren, umbrachten von Wägen, geschmückt von Entstellungen und Lügen ... und dann dies ... die Gegenwart! Der Blaue Mogul ist nicht nur der kostbarste Stein des Kronjuwels, Kapitän. Soll ich das Schicksal Maria Antoinettes erleben müssen?“

„Majestät!“ rief Brenken entsetzt und legte die Hand wie zum Schwur auf den Koffert, doch, wo sein treues Herz schlug. Die Kaiserin fuhr mit gedämpfter Stimme fort, während der Zar und die Großfürstin vom Fenster aus das Spiel des Kronprinzen im Hof verfolgten.

„Was hatte Maria Antoinette verbrochen? Sie soll gefast haben: Wenn das Volk nicht Brot zu essen hat, soll es Kuchen essen! — Mein Gott, welch ein Unsinn! Ein Unsinn, so groß, daß man nicht begreifen will, wie denkende Menschen an ihn glauben konnten! Sie haben ihm geglaubt. So glauben die Russen von mir Verrat und Untreue an dem Volk, das ich lieben gelernt habe! ... Immer dunkler, immer sichtbar werden die Schatten der unglücklichen französischen Königin und Ludwig XVI. Ah, wenn die Menschen, die mir diese Qualen zufügen, abtun, was ich leide! Der Verlust des Blauen Mogul ist das letzte Zeichen, das mir das Schicksal gibt.“

Erschütterter begriff Brenken, daß Alexandra Feodorowna sich so tief in ihren Glauben an die Schicksalswirkung des Blauen Mogul hineinlebte, daß diese Wirkung eintreten mußte — herbeigesehnt schon durch diese stehende Ueberzeugung von der Macht des Steines und der Unabwendbarkeit des Unfalls. Aber er hatte die Seelenstärke Alexandra Feodorownas nicht ganz erfasst. Diese Frau, betrogen, verraten, geschmäht, ein ungewisses düsteres Ende vor Augen, erag sich nicht wie der Zar in das scheinbar Unabwendbare. Sie hoffte, sie glaubte! Sie warf einen raschen Blick auf Nikolau und dann zur geschlossenen Tür. Wöglich schien sie größer zu werden. Eine Eisbahn. Ihre Augen glänzten, ihr Mund gewann sein fröhliches Rot zurück. Sie stand so nahe bei Brenken, daß ihr Atem sein Antlitz streifte. Ganz leise bemerkte sie mit feberhafter Hast:

„Kapitän — Sie sind mein Kurier — ein Geheimnis, das über mein und meiner Familie Leben — über das Zarenhaus — über Russland entscheiden wird.“

Admiral Koltjatschoff hat geschworen, in dem Augenblick per-

sönlicher Gefahr für den Zaren oder mich oder meine Kinder — ein heiliger Eid! — mit allen kaiserlichen Truppen, die er sammelt, zu marschieren. Kapitän — es gibt nur ein Zeichen, an dem es glaubt, — ich selbst habe es mit ihm vereinbart — ein Zeichen: Der Blaue Mogul! Wenn Admiral Koltjatschoff den Blauen Mogul erhält, weiß er, daß er der letzte Diktator seiner Zarin ist — und er wird marschieren!“

Noch stand der Offizier wie betäubt, da wandte Zar Nikolau sich um und reichte ihm die Hand.

Brenken beugte sich tief über sie. „Diese Hand“, sagte der Zar mit einem bewundernden Blick, „diese Hand hat gefestigt ein Offizier der Wache ausgehoben. Er wollte seine Hand seinem Romanow geben, meinte er, keinem Freunde der Deutschen.“ Und dennoch letzte der Zar hinzu: „Ich ein Freund der Deutschen! Es wenig kennt man mich in Russland!“

Ohne eine Erwiderung hob Waldemar von Brenken die weiße Hand der Zarin wie einen heiligsten Reich an seine Lippen. Nur der Hauch seines Atems berührte diese Hand, die für ihn das Symbol der Schönheit und der Größe des Lebens war.

Dann grüßte er und verließ das Arbeitszimmer. Nikolau, die Zarin und die Großfürstin blieben in gedrückter Stimmung zurück. Aus dem Erdgeschloß drang das heitere Lachen der Großfürstinnen und des Kronprinzen Alexis heraus, die eben mit ihrem Erzieher Willard das Schimmer verließen. Der Himmel senkte sich bleischnel und schneebedeckt auf das Haus an der BreitstraÙe herab.

„Der letzte der Getreuen!“ äußerte Alexandra Feodorowna leise.

„Der letzte.“

Als Waldemar von Brenken über den Hof schritt, der das Gelände umgab und es mit seinem breiten Pflaster von der Außenwelt abschneidete, sah er die Großfürstinnen an einer kleinen Ovale der Umzäunung stehen und auf die Straße blicken.

„Ein Bauer fährt zum Markt!“ rief Tatjana, ein Pferd, ein Pferd, ein Pferd.“

Im gleichen Augenblick kam der Kommissar Nikolski auf den Hof. „Bilden Sie sich, daß es verboten ist, auf die Straße zu gehen? Ich werde Ihnen des Betretens des Hofes unterlagen, wenn Sie sich noch einmal erlauben, meine Befehle zu übertreten!“

Der Wadeposten, der herbeigekam, war, brach in ein kurzes Lachen aus. Die Kinder des Zarenpaares fanden erschrocken und besaßen sich gebernd in das Haus.

(Fortsetzung folgt.)

Donnergrollen am Bodensee

Der Zentrumspreffe am Bodensee sind die sozialistische Kinderrepublik bei Ueberlingen, dann besonders auch die Festlegung der Naturfreunde bei Markelfingen am See stark in die Glieder gefahren. In mehreren Artikeln hat man sich bald mit dieser Gruppe, bald mit jener Gruppe auseinandergesetzt. Man fühlt beim Lesen dieser Artikel deutlich, daß man befürchtet, die Zentrumsdomänen würden im Laufe der Zeit durch die Unternehmungen der beiden Arbeiterkorporationen etwas Einbuße erleiden, darum der Aufwand alles in Grund und Boden zu verbammen, was mit sozialistischer Weltanschauung etwas zu tun hat. Die Erregung in der Zentrumspreffe zeigt den in Frage kommenden Organisationen wohl deutlich, daß ihre Arbeit eine gesunde Marschroute angenommen hat.

Diese Streitsicht der See haben auch auf die gesamte badische Zentrumspreffe geleuchtet, wenigstens wurde in einem Bodenseebrief die Situation gekennzeichnet und bald in größeren oder kleineren Zornesausbrüchen das katholische Volk beschworen, die Gefahr zu leben und Front zu machen. Vielleicht macht sich hier auch schon die angekündigte katholische Aktion fühlbar. Was die Kinderfreunde als Antwort geben, soll diesen rubig überlassen bleiben. Die Naturfreunde haben im Singener Volkswillen in zwei Artikeln geantwortet. Der eine war eine persönliche Antwort der Verfasser des Gesprächs mit dem Pfarrherrn von Horn, der die drei Beteiligten auf einfache Art erledigen wollte. Die zweite Antwort schätzte den Kern mit der Ueberschrift „Donnergrollen am Bodensee“ heraus und sei zur Orientierung der badischen Arbeiterschaft und gleichsam als Antwort auf den Bodenseebrief in der Zentrumspreffe auch hier festgehalten. Sie lautet:

Die Bezirksleitung der Naturfreunde in Singen hatte von der Gauleitung in Karlsruhe den Auftrag, nach geeigneten Plätzen Ausschau zu halten und event. Vorverhandlungen aufzunehmen. Anfanglich waren mit der Gemeinde Allensbach Verhandlungen in gütigster Sinne verlaufen. Häufig wurde in Allensbach ein Frontwechsel vorgenommen. Zunächst war dieses nur durch wesentliche Erhöhung der Forderungen erkennbar. Als jedoch der Faden deshalb noch nicht zerriß, hatte die Gemeinde bald diese bald jene Ausrede, bis schließlich die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen wurden. Aus zuverlässigen Quellen erfuhr man später, daß der Geistliche des Ortes alle Hebel zur Verhinderung der Pläne in Bewegung setzte. Weitere Bemühungen an andern Stellen verliefen ebenfalls negativ. Inwieweit die Geistlichkeit auch dort ihre Hände im Spiele hatte, konnte bis jetzt nicht geklärt werden.

Schließlich kamen die Singener Naturfreunde auf den Gedanken, sich in Horn (Hört) festzusetzen. Bald ist man in erfolgversprechenden Verhandlungen mit drei Grundbesitzern eingetreten. Es kommt soweit, daß man einen notariellen Kaufvertrag fertig stellt, dessen Auflassung nach Zustimmung der Gauleitung in Karlsruhe erfolgen soll. Gewisse Bedenken veranlassen jedoch diese, daß die Prüfung und Entscheidung verzögert wird. In dieser Zwischenzeit werden die Pläne der Naturfreunde auch im Pfarrhaus bekannt, das nun alle Hebel in Bewegung setzt, um die Auflassung zu hintertreiben. Auch vor kirchlichen Strafandrohungen wird nicht zurückgeschreckt. Die Singener Genossen kommen nach Horn, werden unterrichtet und gehen kurz entschlossen zum Pfarrherrn, um ihn selbst zu sprechen. Unerwartet entwickelt sich ein lebhafter Meinungsaustrausch. Diesen haben die drei sofort niedergeschrieben, um ihn anläßlich der Weihe des Bodenseebestes in der Zeitschrift zu veröffentlichen.

Die Veröffentlichungen riefen die Zentrumspreffe auf den Plan. Sie glaubte, durch großes Geschick tief belächelnde Entschärfen aus der Welt zu schaffen. Selbstverständlich fügten die drei Singener Genossen, die in einer Kameradschaft sich ein Privatgeheimnis hätten und nun mit gezücktem Messer aus dem

Hinterhalt wie Wegelagerer den Genen treffen wollten. Der niedere Ton, den die Zentrumspreffe anzog, muß jeden rubig und klar denkenden Menschen zur Ueberlegung anregen. Lediglich einige Ausprüche des Pfarrers seien unrichtig oder entstellend wiedergegeben. Dafür wird versucht, viel, viel Schlamm über die drei Naturfreunde hinwegzuschütten. Teilweise ist man auch bestrebt, das „gläubige Volk“ vor den Plänen der Naturfreunde- aruelt zu machen.

Der Zentrumspreffe kann gesagt werden, daß sie bei dieser Sache keine Vorderen geriet hat. Man möge beim Publikum am Untersee aufhorchen, und wird man merken, wohin der Hase läuft. Der „Sieges Pfarrer über die Idee des Strandbades“ war ein Fortschritt. Er trug dazu bei, daß nachträglich das prächtige Gelände bei Markelfingen erworben wurde, was für die Naturfreunde viel günstiger liegt, als das Gelände in Horn. Hier hat also die geheime Kraft gewirkt, die das Böse gewollt und das Gute geschafft hat. Dafür sei den beteiligten Geistlichen, insbesondere auch dem Pfarrer von Horn, der wärmste Dank ausgesprochen.

Wie anderwärts, wird auch am Bodensee die Benifferung den Ideen der Naturfreunde und der Arbeiterschaft zugänglicher werden und ist wohl zu befürchten, daß dabei die Entwidlung mandmal im Gegenlag zu den Vorlesenden steht. Aber tröstet euch, ihr Herren, mit den Worten: Das alte stirbt, es ändern sich die Zeiten und neues Leben blüht aus den Ruinen.

Beisprechung der Madrider Opfer

Madrid, 25. Sept. Von den frühen Morgenstunden an, sammelten sich in der Umgebung der Leichenkammer Massen von Arbeitern, da die Arbeiterschaft gestern abend in einer Versammlung beschlossen hatte, sich an dem Leichensuge der Opfer der Brandkatastrophe des Theaters Novedades zu beteiligen. Um 11 Uhr setzte sich der Trauerzug in Bewegung. Den Särgen voran schritt die gesamte Geistlichkeit. Hinter den Särgen folgten die Familienangehörigen. Der Provinzial- und der Munizipalrat waren vollständig vertreten. Ferner nahmen mehrere Minister und Mitglieder des diplomatischen Korps an dem Zuge teil. Mehr als 40000 Personen standen dicht gedrängt in der Umgebung des Südbahnhofes und ließen den Trauerzug an sich vorüberziehen. Dieser bewachte sich in der Richtung zum Vitzedhof, wo die Opfer der Brandkatastrophe auf Kosten der Gemeindevormaltung beerdigt wurden außer jenen, deren Beerdigung die eigenen Familienangehörigen übernahmen. Zum Reigen der Trauer fallen heute alle Theater- und Kinoveranstaltungen aus.

Aus den Trümmern des niedergebrannten Theaters in Madrid waren 110 Leichen geborgen worden.

Die Zulassung des Zeppelin

In Friedrichshafen ist Ministerpräsident Brandenburg vom Reichsverkehrsminister eingetroffen. Im Laufe des Nachmittags fand dann eine gemeinsame Besprechung statt. Dabei hat über die Behandlung der Kraftgasfrage volle Einmütigkeit zwischen der Versuchsanstalt und dem Luftschiffbau bestanden. Wegen der weiteren Vorarbeiten wird die Versuchsanstalt dem Herrn Reichsverkehrsminister vorgehalten, die Zulassung des Luftschiffes befristet bis zum 1. April 1929 auszusprechen.

Es steht noch nicht fest, ob das Schiff am Mittwoch fliegt. Im anderen Falle beabsichtigt Dr. Eckener, das Schiff am Donnerstag anfliegen zu lassen. Bei der Fahrt wird das Schiff nur im Bodenseegebiet bleiben, um die notwendigen technischen Prüfungen vorzunehmen.

Deutschland gegen Völkerbundsuntätigkeit

In der Genfer Völkerbundsversammlung, die am heutigen Mittwoch zu Ende gehen wird, ergreift Graf Bernstorff nochmals das Wort zur Abrüstungsfrage, wobei er den sich entwickelnden Gang der Abrüstungsverhandlungen kritisiert. Er wies auf die deutsche Entwaffnung hin und betonte, es sei bitter, wenn man die lokal durchgeführten Entwaffnungsverhandlungen in ihrer außerordentlichen Tragweite verkennt und ihm dabei noch seine Wehrverfassung vorwirft, die ihm der Verfallter Vertrag auferlegt. Man redet oft von der Gefahr, die dem Völkerbunde drohen könnte, wenn eine Abrüstungskonferenz ein negatives Ergebnis bringe. Die Völkerbundsuntätigkeit sei jedoch eine noch größere Gefahr. Deutschland könne daher der lauen Abrüstungsresolution nicht zustimmen.

Der französische Vertreter Paul Boncour trat vor allem für die Vermehrung der Locarno-Abkommen ein, bedauerte, daß die einseitige Nichtannahme des Genfer Protokolls und erklärte, es sei eine vollständige nationale Abrüstung unmöglich, wenn es nicht internationale Vereinbarungen gäbe, um die Einhaltung der Abrüstung nur in allmählichen Etappen vor sich gehen zu lassen. Der Präsident erklärte dann den Bericht über die Abrüstungsarbeiten und die Resolution unter Bezugnahme auf die Enthaltung Deutschlands und Unsarzes für angenommen.

Englisch-französisches Luftabkommen

London, 26. Sept. (Hundst.) In Londoner diplomatischen Kreisen haben sich die Gerüchte über den Abschluß des ersten englisch-französischen Luftabkommens nunmehr mehr und mehr verbreitet. Es wird mit Bestimmtheit betont, daß das Luftabkommen dem Flottenabkommen zeitlich vorausgegangen ist und daß beide Abkommen in einem inneren Zusammenhang stehen.

Amerikanisches Küstungstreiben

In maßgebenden amerikanischen Kreisen kommt man, wie der „Daily Telegram“ aus Washington meldet, immer mehr zu der Ueberzeugung, daß neue Küstungen sowohl bei der Flotte als beim Seere im Interesse der Verteidigung des Landes nötig seien. Die Ausgaben für die nationale Verteidigung würden dadurch über 700 Millionen steigen.

Keine Auslieferung Dr. Frieders

Aus Wien ging der thüringischen Regierung ein Schreiben zu, eine Auslieferung des ehemaligen Oberstaatsanwalts Dr. Frieder zum Zweck der Strafverfolgung komme nicht in Frage, da die Dr. Frieders zur Last gelegte strafbare Handlungen für Österreich kein genügender Grund zu einer Auslieferung sei.

Sitzung des österreichischen Nationalrates

In Wien begann bei vollem Haus und atösem Stimmung in der Galerie die Tagung des Nationalrates nach dem Sommerferien.

Hünefeld in Indien gelandet

Wie aus Karachi gemeldet wird, ist v. Hünefeld mit der „Europa“, vor Buhadir kommend, dort gelandet. Er hat die Strecke während der Nacht zurückgelegt.

Wanzen
Motten, Fliegen, Schnaken etc vernicht
tetradikal samt Brut Friedrich Springers
Insektin
erhältlich bei Fr. Springer, Karlsruhe
Markgrafstr. Nr. 52 b Rondellplatz.
Telefon Nr. 3265. 6136

Einzelverkauf von Fabrikaten
Tücher, Gardinen, Webereien
Vorhangstoffe
in Tüll, Madras,
Volles, in modernsten Musterungen
Rouleauxstoffe
in Baumwolle, Macco, Leinen
Tischdecken, Diwanddecken
in allen Preislagen 6133
Paul Schulz
Waldstr. 32, gegenüber dem Colosseum

Neu aufgenommen
Sprechapparate und Platten
Autorisierte „Elektro“
Verkaufsstelle
Padewet
Geigenbaumeister
Kaiserstr. 132 - Telefon 133

Garantiert
Ziehung 5. Okt. 28
BADISCHE
GELDOTTERIE
Pforzh. Kirchenbau
12500
5000
4000
LOS 50.4 11 STÜCK 5.-M
PORTO U. LISTE 30.-
Gürmer
MANNHEIM O 7, 11
POSTK. 17043 K. RUM
U. ALLE LOSGESCHÄFTE

Sil zum Bleichen
ohne Negleichen!
Ihre Freundin
ist Ihnen dankbar,
wenn Sie ihr sagen, daß Sil,
Henkels bewährtes Bleich-
mittel, selbst hartnäckige Flecken
rasch und gut entfernt, ohne
das Wäschestück anzugreifen.
Ein guter Rat ist immer nützlich!

Soeben erschienen:
**Das Badische
Besoldungs-Gesetz**
mit Besoldungsordnung nebst Aus-
führungsverschriften
Zusammengestellt von Ministerial-
oberrechnungsrat W. Karle und
Oberrechnungsrat Rob. Thellaacker
Preis gebunden RM. 3.-
Wichtig für jeden Staats- und Ge-
meindebeamten
Buchhandlung Volksfreund
Waldstraße 28, Telefon 7020-21

DIE KÜHLTROMMEL
Die aus der Kirmung gewonnene
sahnige Verbindung wird in
dünner Schicht über rotierende
Kühltrommeln geleitet, um ihr die
erforderliche Festigkeit zu geben.
Unaufhörlich fallen von den
eiskühlten Trommeln die
Margarine-Flöckchen in die
fahrbaren Sammelbehälter.

MARGARINE
VERA
Dienst am Haushalt
1th 85^{Fr}

Gewerkschaftsbewegung

Amsterdam bleibt Sitz der Gewerkschaftsinternationale

Amsterdam, 25. Sept. Der heute hier zusammengetretene Generalkonvent des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat mit großer Mehrheit beschlossen, den Verbandssitz bis zum nächsten Kongress, der im Sommer 1930 stattfinden wird, in Amsterdam zu belassen. Der bisherige Leiter des Sekretariats, S. J. van der Grinten, wurde einstimmig zum Generalsekretär gewählt. Der Generalsekretär des englischen Gewerkschaftsverbandes, C. J. R. Williams, wurde zum Vorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes ernannt. An Stelle des bisherigen Vorsitzenden des Generalkonvents, J. A. D. J. van der Grinten, wurde J. A. D. J. van der Grinten zum Vorsitzenden des Generalkonvents gewählt.

Der Vorwärts meldet weiter aus Amsterdam: Der Ausschuss des Internationalen Gewerkschaftsbundes beschloß unter Hinweis auf den Kellogg-Pakt die Aufforderung an die organisierte Arbeiterklasse zu richten, mit allen verfügbaren Mitteln für die Durchführung einzutreten. Die Landesverbände werden entsprechende Einwirkung auf Regierungen und Parlamente erstreben.

Die große Aussprache des Innenministers mit den Beamtensprecherorganisationen über die aktuellen Beamtensprobleme, die im September stattfinden sollte, mußte bis Mitte Oktober verschoben werden. Bei der Aussprache wird die 48-Stundenwoche für die Beamten im Vordergrund der Erörterung stehen. Die zurzeit geltenden Bestimmungen über die 48-Stundenwoche werden von dem Reichsminister Severing will den Abständigen für die Beamtenschaft einführen.

Das Herr von Knebel, der frühere deutsche nationale Reichsminister nicht konnte, das in der sozialdemokratischen Beamtensprecherorganisationen. Bei den Verhandlungen der Beamtensprecherorganisationen mit dem Reichsminister von Knebel war von den Beamtensprecher mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit einer Neuordnung der Beamtenschaft hingewiesen worden. Außerdem hat der Reichsminister die Beamtensprecherorganisationen, die sich bei jeder Gelegenheit ganz besonders als Freunde der Beamtenschaft ausweisen, für die Wünsche und Forderungen der Beamtenschaft kein Verständnis aufbringen können.

Kleine badische Chronik

Großfeuer in Blankenloch

Gestern mittags um 17.15 Uhr wurde die Berufsfeuerwehr von Blankenloch durch das Bürgermeisterei nach Blankenloch zu einem Großfeuer gerufen. Es brannte die Wirtschaft „zum Schwanen“, in der das Feuer ausgebrochen war, und hatte bereits mehrere Personen und Nebengebäude des Nachbarhauses zerstört. Die Berufsfeuerwehr ging mit 5 Hochleitern vor, und es gelang, nach kurzer Zeit unter Mitarbeit der freiwilligen Feuerwehr Blankenloch das Feuer auf seinen Herd zu beschränken und eine weitere Ausbreitung zu verhindern. Im Innern der Gebäude loderten die Flammen aber noch lange Zeit heftig, jedoch die Berufsfeuerwehr erst um 18 Uhr zurückgezogen und die weiteren Löscharbeiten der freiwilligen Feuerwehr Blankenloch überlassen werden konnten. — Die Brandursache wurde nicht festgestellt, der Schaden wird sich insgesamt auf etwa 50 000 M. belaufen.

Zu dem Großfeuer in Liedolsheim

Liedolsheim, 25. Sept. Im ganzen sind 14 Scheunen mit Nebengebäuden durch das Feuer vernichtet worden. Die Scheunen wurden auf 40 000 M., der Nebengebäude auf 80—100 000 M. geschätzt. Die Entstehungsursache ist unbekannt. Die Freiwilligen Feuerwehren von Graben, Rühlheim, Hochstetten und Lintelnheim waren im Bereich mit der diesem Wehr gegenüber dem sich rasch ausbreitenden Element machtlos. Zudem herrschte starker Westwind. Durch die starke Rauchentwicklung war der Feuerwehren nur schwer möglich, die angebauten Wohnhäuser vom Feuer freizuhalten. Dem Landwirt Göbelbecker verbrannte eine Kuh sowie sämtliche Ernteprodukte und die Tabakterre.

Söllingen. Motorradunfall. Der 29-jährige Lehrer Otto Dörfler, Sohn des Zigarrenfabrikanten Franz Dörfler, wollte, in scharfem Tempo von Bergshausen kommend, zwei Kindern ausweichen. Er verlor hierbei die Herrschaft über sein Rad, fuhr über die Straßenböschung und mit voller Wucht in die beiden Telegrafentürme. Dem Unglücklichen wurden hierbei beide Beine abgedrückt, so daß er nach dem Krankenhausbefahren überführt werden mußte. — Von der Wucht des Anstoßes zeugt die Tatsache, daß ein Kilometerstein, der einige Meter vor den Telegrafentürmen steht, fast abgerollt wurde.

Schweigen. Samstagabend wurde Heinrich Dörmann von einem Motorradfahrer aus Pfalzstadt überfahren. Der alte Mann erlitt schwere Verletzungen und wurde ins Krankenhaus gebracht. Das Auto des Fahrländers löb aus Badenheim wollte in der Nähe des Bahnhofs einen anderen Kraftwagen überholen und fuhr dabei mit großer Wucht gegen einen Randstein. Es durch die Splitter der zerplatzten Scheiben so schwere Verletzungen, daß er ins Heidelberger Krankenhaus übergeführt werden mußte. Der Chauffeur wurde nur leicht verletzt, das Auto beschädigt.

Dehringen (Wendhal). In Dehringen wurde der Glaszerber Sammer, als er mit einem Bild die Straße überqueren wollte, von einem hinter ihm fahrenden Auto angefahren. Er wurde ins Heidelberger Krankenhaus verbracht, wo ihm ein Bein amputiert werden mußte.

Freiburg i. Br. Montag nachmittags fuhr ein 16-jähriger Schüler mit einem Personenkraftwagen in der Stadtstraße auf dem Weges an eine Straßentierne, wobei diese umgerissen und erheblich beschädigt wurde. Der Schüler hatte unerlaubt den Wagen seines Vaters aus der Garage genommen und war davongefahren.

Wöhrenbach. Am Montag kam es zwischen hiesigen Fußlehrern einer Schlägerei, bei der der in den 20er Jahren stehende Wilhelm so zugerichtet wurde, daß er in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte, wo er beunruhigend darniederliegt.

Keskab. Ein in der Gegend von Hölzlebrunn beschäftigter Arbeiter wurde in einem Unfall von Schwermut ein tödlich wirkendes Glas Bier und trank dieses aus. Bald darauf brach er zusammen. Vergebliche Kunst konnte ihn aber noch am Leben erhalten. Der Grund der Tat soll Liebestummer sein.

Wehr. Ein hiesiger Motorradfahrer, der von Schoofheim in scharfem Tempo herkam, konnte kurz vor dem hiesigen Orte eine Straßenkrümmung nicht mehr nehmen und fuhr mit außerordentlicher Gewalt an einen Bordstein, der in mehrere Stücke zerbrach. Der Motorradfahrer wurde mit inneren Verletzungen von dem Weges kommenden Auto ins Spital nach Wehr verbracht.

Kankens. Aus dem benachbarten schweizerischen Kreislingen wird gemeldet, daß der bei Oberhofen-Lengwilen wohnhafte Landwirt Jakob Pengertner beim Ölpressen von einem Baum stürzte und sich dabei eine Rückenmarkverletzung zuzog, die seinen baldigen Tod zur Folge hatte.

Uersach. Montag nachmittags erlitt der seit Jahren bei der hiesigen Substitutionsbeschäftigte Heiser Wilhelm Frick einen schweren Unfall. Beim Rausfahren geriet er zwischen die Räder eines Wagens, wobei ihm der Brustkorb zerquetscht wurde. Der schwerverletzte wurde in das städtische Krankenhaus aufgenommen.

Wauheim. In vergangener Nacht nach 1 Uhr wurde durch einen Postanten auf der Hindenburg-Allee das Stöhnen eines Menschen aus dem Keller oberhalb der Friedrichstraße wahrgenommen. Der Posten beachte sich an das Wasser und hat vom Her aus mit einem Ruder eines Nachens Hilfe gebracht. Ein 40-jähriger verheirateter Kaufmann aus Dilsdorf hatte keine Geliebte, eine 20-jährige ledige Kontoristin aus Kreuznach in den Armen und wurde ans Ufer gebracht. Nach Eintreffen des sofort verständigten Sanitätswagens blieben Wiederbelebungsversuche bei der Kontoristin erfolglos. Der Mann hat keinen Schaden genommen. Beide wurden zunächst ins städtische Krankenhaus eingeliefert. Das Mädchen soll seit 1 1/2 Jahren ein Liebesverhältnis unterhalten haben und wollte hier gemeinsam in den Tod gehen. Der Mann wurde vorläufig in Haft genommen.

Impingen (Amt Tauberbischofsheim). Als der 47-jährige Landwirt Martin Ludwig Dehling mit seiner Milchkanne von Tauberbischofsheim zurückfuhr, brach ein Vorderrad seines Fuhrwerks. Dehling und zwei auf dem Wagen sitzende Geschwister, der 11-jährige und die 19-jährige Tochter des Wadlmeisters Florian Solz stürzten herab und wurden noch eine Strecke wegs geschleift. Während der beiden Geschwister schwere Quetschungen und Hautabrisse erlitten, trug Dehling so schwere Kopfverletzungen davon, daß er nach einer Viertelstunde in seiner Wohnung verstarb. Er hinterläßt Frau und drei Kinder zwischen 8 und 17 Jahren.

Das Volkschauspiel Detiheim. Der glänzende Besuch des Teilspiels in Detiheim hält immer noch unvermindert an. Die beiden letzten Sonntagsspiele waren trotz der kühleren Witterung wieder reiflos ausverkauft. Am letzten Sonntag besuchte der Deutsche Metallarbeiterverband von Karlsruhe, Kaffat, Baden und Umgebung in Stärke von ca. 1400 Personen das Spiel. Die in ihrer Schönheit und Großartigkeit wohl einzig dastehende Naturbühne und die prächtigen Festumzüge der Darsteller ernteten den verdienten Beifall. Das Spiel hat jetzt eine Höhe erreicht, die kaum mehr zu übertreffen ist. Es sind noch 2 Sonntage (30. September und 7. Oktober) für das Teilspiel vorzusehen.

Der Hölzer Luftmord aufgefährt. Unter der Wucht des gegen ihn zusammengetragenen Beweismaterials hat der vor einigen Tagen von der Essener Kriminalpolizei verhaftete Fuhrmann Alois Tripp aus Eilen den Luftmord bei Hölz am 29. Juli d. J. an der Kontoristin Maria Lampe nacheinander eingestanden. Des weiteren hat Tripp vier von fünf in der letzten Zeit in den Ruhrwäldern verübten und ihm zur Last gelegten Sittlichkeitsverbrechen eingestanden.

Aus aller Welt

Am 350 000 Mark geprellt

Die Kriminalpolizei in Chemnitz verhaftete den 43 Jahre alten Agenten Karl Stumpf, der verchiedenen Fabrikanten Strumpwaren im Werte von 350 000 Mark abgeschwindelt hat, die er sofort in Berlin wieder unter dem Pseude weiter verkauft.

Der Hölzer Luftmord aufgefährt

Unter der Wucht des gegen ihn zusammengetragenen Beweismaterials hat der vor einigen Tagen von der Essener Kriminalpolizei verhaftete Fuhrmann Alois Tripp aus Eilen den Luftmord bei Hölz am 29. Juli d. J. an der Kontoristin Maria Lampe nacheinander eingestanden. Des weiteren hat Tripp vier von fünf in der letzten Zeit in den Ruhrwäldern verübten und ihm zur Last gelegten Sittlichkeitsverbrechen eingestanden.

Unterjagungen bei einer Hausbesitzerbank

Bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz wurden umfangreiche Veruntreuerungen aufgedeckt. Als Inkassiererin dieser Veruntreuerungen kommt die bekannte Hochstaplerin Melitta Müller in Frage, die aufgrund gefälschter Papiere als Inkassiererin des Direktors seit ihrer Anstellung bei der Bank agiert hatte. Es wird behauptet, daß der Hausbesitzer der Bank, Kurt Weib, etwa eine Viertel Million unterschlug. Der Berliner Orienturier behauptet, es handle sich nur um geringe Unregelmäßigkeiten.

Kalbfirnabspinnung aus 6000 Meter Höhe

Der Belgier Compens, Akkade für Luftschiffahrt in Paris und London, hat die heute Kalbfirnabspinnung aus 6000 Meter Höhe ausgeführt, das ist die größte Höhe, aus der in Europa ein Abspinnung gelang.

Tödlischer Schlag mit der Tapetenrolle

Auf einem Berliner Neubau schlug bei einer barmhosen Säuglein ein Tapezierer seinem Kollegen im Scherz mit einer Tapetenrolle auf den Kopf. Beide arbeiteten dann weiter und belüchten sogar nach Feierabend noch eine Wirtschaft, um ein Glas Bier zu trinken. Am nächsten Tage erkrankte der Geschlagene schwer und starb noch im Laufe des gleichen Tages. Bei der Obduktion der Leiche wurde festgestellt, daß der Tod durch Gehirnblutung herbeigeführt worden war.

Rätkwelle in Frankreich

Ueber Frankreich ging eine Rätkwelle; in der Auvergne wurden 8, in den Bosenen 4 und an der Loire 3 Grad Rätk festgestellt.

Eine internationale Einbrecherbande gefaßt

Die Pariser Polizei hat durch einen glücklichen Fana eine 9-köpfige serbische Einbrecherbande hinter Schloß und Riegel gefaßt, die monatelang die vornehmen Viertel von Paris unsicher gemacht hatte. Durch die Festnahme haben zahlreiche aufsehenerregende Einbrüche, so u. a. in der tschechischen Gesandtschaft, in der Wohnung des amerikanischen Milliardärs Vanderbilt sowie bei zahlreichen Pariser Aristokraten eine überraschende Aufklärung gefunden. Der Wert der von der Bande gestohlenen Objekte wird auf 2 Millionen Franken geschätzt.

Ein Arbeitsportverein verunglückt

In Koblenz hat Solingen schlug ein mit Mitgliedern eines Arbeiterportvereins aus Dils besetzter Lokomotivwagen, infolge Verlangens der Bremsen an einer steilen Kurve um. Zwölf Snossen mußten mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus überführt werden; an dem Aufkommen von drei Verunglückten wird gearbeitet.

Soldatentragödie

In Giesmannsdorf bei Löwenberg (Schlesien) wurde die Leiche eines Unteroffiziers aus dem Dorfteich gezogen. Nach Ansicht der militärischen Stellen handelt es sich um einen Unglücksfall. Es ist jedoch auch die Vermutung aufgefaßt, daß der Unteroffizier auf dem Heimwege von einem Wanderspieler mit Kameraden händel gehabt hat und von ihnen ins Wasser geworfen worden ist. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmt und eine Untersuchung eingeleitet.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Besitz Altkad. Mittwoch, den 20. September, abends 8 Uhr, hält Genosse Schulinspektor Reinmuth im Nebenzimmer des „Eichbaum“ einen Vortrag über das Thema: „Kaufstebel, der Bahnbrecher des Sozialismus“. Hierzu sind alle Parteigenosseninnen und -Genossen sowie Volkstreumblender und Anhänger unserer Sache mit der Bitte um zahlreiches Erscheinen freundlichst eingeladen. Jeder bringe seine Bekannten mit.

Arbeitsgemeinschaft Jos. Lehrer Badens - Ortsgruppe Karlsruhe

Am Samstag, 29. September, nachmittags 3 Uhr, findet im Volkshaus (Schützenstraße 16) eine Versammlung mit Vortrag des Gen. Wieser statt. Thema: „Bürgerversicherung und Schule“. Es wird vollständiges Erscheinen erwartet.

Chefredakteur: Georg Schöpplin. Verantwortlich: Politit, Preßkamt Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Gränerbaum; Bad. Landtag, Gewerkschaftliches, Aus der Partei, Kleine badische Chronik, Was Mittelbaden, Durisch, Gerichtsverhandlungen, Fremdenverkehr: Hermann Winter; Karlsruher Chronik, Gemeindepolitit, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Briefkasten: Josef Eisele. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Kräger. Sämtliche Wohnhaft in Karlsruhe in Baden. Druck u. Verlag: Verlagsdruckerei Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe.

Badisches Landestheater
Mittwoch, 26. Sept.
B. S. 27. 9. 1101-1200

Und das Licht scheint in der Finsternis
Drama von Tolstoi.
Mitwirkende: Dietrich, Ermanth, Freundendorfer, Genter, Dausser, Schreiner, Müller, Jögler, Borsfeldt, Dahlen, Gemmecke, Herz, Höder, Juhl, Knebel, Müller, Schulze.
Anfang 20 Uhr
Ende nach 23 Uhr
Preise A. (0.70—5.00) B. (0.50—3.00) C. (0.30—1.50)
Donnerstag, 27. Sept. Hoffmanns

Erzählungen.
Freitag, 28. Sept. Die heilige Ente.
Samstag, 29. Sept. Neueinblüht.
Sonntag, 30. Sept. Neueinblüht.
Der Berliner
von Sagadab.
Montag, 1. Oktober
1. Sinfonie-Konzert.
Dienstag, 2. Oktober
Armida.

Colosseum
tägl. abds. 8 Uhr
Sonntags 4 und 8 Uhr die
Neue Berliner Revue
Für Euer Geld!
Der Schläger der Saison

Küchen
in neuesten Modellen und großer Auswahl äußerst billig. Ganze jährige Garantie, freie Lieferung, weitgehendste Zahlungs-erleichterung.
Nädelhaus Epfle
Steinert, 6. Kallstraße
Kreuzplatz.

Man rauche zu 5/3

Batschari

Sleipner

Den Sleipner-Wettbewerb um 15000.- RM nicht versäumen!

IVO RICHONNY